

**HartzIV-Umfrage Netzwerk Grundeinkommen Januar 2010,  
Antworten von Werner Rätz, Publizist, attac-AG „Genug für alle“**

1. Haben sich Ihre Erwartungen an die Hartz-Reformen bestätigt? Welche waren das?

**Hartz IV hatte vor allem den Zweck der Disziplinierung von Beschäftigten und Arbeitslosen und der Senkung des allgemeinen Lohn- und Einkommensniveaus. Diese Absichten wurden voll erreicht: Um nicht in diese Mühle zu geraten, lassen sich Beschäftigte fast alles gefallen; um ihr zu entkommen finden Erwerbslose selbst 1-€-Jobs attraktiv. Deutschland ist dabei Vorreiter der Lohnsenkung in allen OECD-Ländern, besonders in der EU**

2. Welche grundlegenden Mängel sehen Sie bei Hartz IV – oder welche positiven Resultate nehmen Sie wahr?

**Hartz IV hat keine Mängel, denn das hieße, dass man es verbessern könnte. Es muss weg.**

3. Halten Sie die Hartz IV für reformierbar? Welche Veränderungen halten Sie für sinnvoll bzw. machbar?

**s.o.**

4. Wie bewerten Sie die aktuelle verfassungsrechtliche Prüfung der Regelleistungen? Was könnten die Konsequenzen sein?

**Das BVG wird wohl die Höhe der Regelsätze beanstanden und die willkürliche Art ihrer Festlegung, aber kaum das Zwangssystem als solches. Deshalb ist es zwar richtig, gegen solche Regelungen zu klagen, aber es zeigt auch die Grenzen: Ohne politische Bewegung, ohne massiven Druck, ohne viele sehr wütende Menschen ändert sich nichts wirklich.**

5. Wagen Sie einen Ausblick: Was folgt auf Hartz IV - Bürgerarbeit als „Workfare-Modell“? FDP-Bürgergeld? Oder bleibt alles in den nächsten Jahren "beim alten"?

**Das „liberale Bürgergeld“ ist ein Workfaremodell übelster Art. Insofern sind das keine Alternativen. Es ist zu einer Zeit entstanden, als alle Parteien außer der Linken auf Zwang setzten. Die Bundesregierung ist sich noch nicht einig, ob sie das fortsetzen will oder eher den Minderheitsvorschlägen aus beiden Parteien folgen sollte, die formalem Zwang weniger Bedeutung beimessen als der materiellen Not. Für diesen Weg steht D. Althaus mit seinem „solidarischen Bürgergeld“.**

6. Sehen Sie mögliche Übergangspfade von Hartz IV zum bedingungslosen Grundeinkommen - wenn ja, welche?

**Theoretisch ja, praktisch nein. Es wäre natürlich rein grundsätzlich denkbar, bei Hartz IV die Zumutbarkeitsregeln und Sanktionen abzuschaffen, die Sätze auf ein existenzsicherndes Niveau anzuheben und den Berechtigtenkreis auf die gesamte Bevölkerung auszudehnen, dann wäre das ein Grundeinkommen. Aber das System wurde zum gegenteiligen Zweck geschaffen und es wird wahrscheinlich leichter sein,**

**ein ganz neues durchzusetzen als dieses emanzipatorisch umzugestalten.**

7. Oder sehen Sie andere Übergangsschritte zum bedingungslosen Grundeinkommen? Zum Beispiel? (Bitte mit kurzer Begründung)

**Ein bge hat den Zweck, es Menschen zu ermöglichen, die Dinge zu tun, die sie besonders gut können und mögen. Das würde in großem Maße auch möglich, wenn die dafür erforderliche Infrastruktur für die BenutzerInnen kostenlos zur Verfügung stünde. Zu kämpfen wäre um öffentlichen Verkehr, um Kinderbetreuung, um Wohnungen oder ähnliches. Auch die materielle Absicherung bestimmter Lebenszeiten (etwa von Sabbatjahren) könnte ein Schritt in diese Richtung sein.**

**Als Antwort auf die Zerstörung der Sozialversicherungssysteme und speziell als Konsequenz aus den Debatten um Alters- und Kinderarmut wäre auch eine breite Bewegung denkbar, die eine wirtschaftliche Absicherung von Kindern und Alten auf armutsfestem Niveau und ohne Bedingungen anstrebt.**

**Die vielleicht naheliegendste Möglichkeit wäre die Einführung eines Mindesteinkommens gegen den Hunger (basic food income) auf globaler Ebene. Kämpfe dafür gibt es in einigen Ländern des südlichen Afrika, das Projekt in Namibia hat großes Aufsehen erregt. So könnte das Hungerproblem gelöst und zugleich die Öffentlichkeit an den Gedanken bedingungsloser Transfers herangeführt werden.**

**(Siehe hierzu ausführlich meinen Beitrag „Fragen der politischen Realisierung eines BGE“ in: Neuendorff/Peter/Wolf, Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Modell im Meinungsstreit, Hamburg 2009)**